



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IX/241 - 23.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

Peking und Neu Delhi	S. 1
Auswirkung des Londoner Dockarbeiterstreiks	S. 3
CDU-Manöver in Schleswig-Holstein	S. 4

Nehru und der Frieden der Welt

Der gute Asiat und sein politisches Testament

Über der Flut von Kommentaren, die auch in dieser Woche zu dem umfassenden Pariser Versuch einer Neuordnung Westeuropas zu erwarten sind, sollte man keinen Augenblick vergessen, was sich zu gleicher Zeit im Fernen Osten abspielt. Auch aus Peking werden in diesen Tagen neue Berichte, womöglich über den Abschluß der dortigen Gespräche zwischen dem indischen und chinesischen Ministerpräsidenten eintreffen. Die dort erzielten Ergebnisse werden für den Gang der weiteren weltpolitischen Entwicklung von nicht geringerer Bedeutung sein, angesichts der globalen engen Verflechtung von Vorgängen dieser Größenordnung in unserer Zeit.

Um was geht es in Peking? Nehru gilt gemeinhin als der Verfechter der friedlichen Koexistenz in Asien, oft auch als Vertreter des "Neutralismus". Was im indischen Falle fälschlich als Neutralismus bezeichnet wird, ist die Sorge um die vor sieben Jahren errungene Unabhängigkeit und Gleichberechtigung und das vitale Bedürfnis des indischen Subkontinents, dass nur Frieden die innere Stabilität festigen und die Wirtschaft konsolidieren kann. Es war auch keine antiwestliche Tendenz, die Nehru zum Südostasienpakt der SEATO "Nein" sagen ließ, sondern seine Überzeugung, dass alle kollektiven Militärbündnisse gegen einen präsumtiven Gegner die Kriegsgefahr erhöhen.

Zu der sehr primitiven Auffassung, was nicht zum westlichen Lager stehe, müsse automatisch dem östlichen verfallen, hat Nehru vor der Volkskammer im August gesagt:

"Die Hauptteilnehmer an diesen Konferenzen (von Genf und Manila) waren mit der bedeutsamen Ausnahme Chinas nichtasiatische Staaten. Dies kennzeichnet in etwas die heutige Weltlage, die sich durch territoriale, rassische und politische Unausgeglichenheit auszeich-

net. Wir sind daher der Ansicht, dass wichtige Weltprobleme heute nicht zu lösen sind, wenn man sie ausschließlich als östliche oder westliche ansieht; um sie zu lösen, muß Asiens Platz in der modernen Welt anerkannt werden."

Das stellt den Kern der indischen Politik dar.

Gemeinsames Vorgehen halten die Länder Asiens für die unabdingbare Voraussetzung ihrer Unabhängigkeit und Gleichberechtigung. Das wäre nichts anderes als das Bemühen um die Bildung eines dritten Blocks. Müßte ein solcher von Asien ausgehender Block, dessen Einfluß Nehru keineswegs auf Asien beschränkt wissen will sich, wie vielfach behauptet wird, des "Neutralismus" und könnte er sich nicht höchst aktiver Weltpolitik befleißigen? Vielleicht wäre es wirklich gut, wenn nichts geschehen könnte ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse dieses dritten Blocks? Das würde eine umwälzende Umschulung für die westliche Diplomatie bedeuten.

Darum erleichtert eine richtige Bewertung der Nehru-Reise die Erkenntnis von dieser neuen Rolle Asiens. Die Besprechungen von Peking sind eine Fortsetzung der Gespräche von Neu Delhi, in denen man sich über die bekannten fünf Grundsätze einigte. Indien und China brauchen den darin enthaltenen Kernpunkt, den Frieden. Es erleichtert ihre Verhandlungen, dass sie mindestens den Begriff der wirtschaftlichen Expansion gegenseitig nicht kennen. Allerdings werden China politische Expansionsgelüste untergeschoben. Die immer neugestellten Ansprüche auf Formosa fallen jedenfalls nicht unter diesen Vorwurf; sie sind eine interne chinesische Frage, noch unbeantwortet aus der Zeit des Bürgerkrieges.

Superkluge Leute behaupten, die indische Politik sei naiv und kurzsichtig. Sie ist einfach asiatisch. Sie unterscheidet seit Beginn zwischen innen und außen. Die Kommunisten in Indien haben wenig zu lachen. Für größer als jede kommunistische Gefahr wird in Indien die Tatsache gehalten, dass die Aufrüstung Pakistans einseitig das militärische Potential im Kaschmirstreit zum Nachteil Indiens verlagert. Nehru sucht keine Verbindung zum Kommunismus oder zum Kapitalismus, er sucht die bindnisfreie Zone Asiens. Darum seine Reise und seine Verhandlungen. Es gibt gute und schlechte Europäer. Nehru ist nichts anderes als ein guter Asiat. Seine lange politische Erfahrung hat ihn dazu gemacht. Vielleicht würde er anders denken, wenn er bessere Erfahrungen mit der europäischen Diplomatie gemacht hätte. Seine Konzeption ist aber auch etwas ganz anderes als das kommunistische Schlagwort "Asien den Asiaten", wobei nur der Hintergedanke "Kommunistisch" fortgelassen wird.

Nehru soll Rücktrittsabsichten hegen. Vorher will er noch das Fundament des neuen Asiens legen, zu dem die Pekinger Zusammenkunft beitragen soll. So gesehen, hätte der indische Staatsmann für den Weltfrieden mehr getan, als seine überheblichen Kritiker zu fassen vermögen. Allerdings tut er ihnen nicht den Gefallen, ihren, sondern den asiatischen Weg zur Selbständigkeit zu gehen.

Überstunden - freiwillig oder befohlen?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

An der Frage, ob Überstunden freiwillig oder gezwungen geleistet werden sollen, entzündete sich in den Londoner Hafendocks eine Auseinandersetzung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, deren Schärfe und Bitterkeit an die größten Arbeitskämpfe in der britischen Geschichte heranreicht. Nicht, daß sich die Londoner Hafenarbeiter gegen jede Art von Überstunden wehren - sie wehren sich nur dagegen, daß sie ihnen befohlen werden. Im Falle einer Nichtbefolgung droht ihnen bei den noch geltenden gesetzlichen Bestimmungen eine Zitierung vor das Arbeitsgericht, das in der Regel für die Betroffenen als Strafe eine Arbeitsaussetzung von drei bis sieben Tagen verhängt. Eine Woche ohne Verdienst ist für jeden Familienvater ein schwerer Schlag. Nach einem harten und ermüdenden Arbeitstag will der Hafenarbeiter selbst entscheiden, ob er am Abend und bis in die Nacht hinein Überstunden leisten soll oder nicht, ein Recht übrigens, das in den meisten britischen Industriezweigen für die Arbeitnehmer schon längst verwirklicht ist. Eine gleiche Regelung verlangen die Hafenarbeiter für sich.

Noch ist ein Ende des Streiks, der den Londoner Hafen völlig lahmlegt und auch auf andere Hafenstädte übergreifen hat, nicht abzusehen, obwohl ihn die stärkste Hafenarbeitergewerkschaft für inoffiziell erklärte und die Regierung mit Militäreinsatz für Mitte dieser Woche drohte. Eisher zögerte sie, diese ihre stärkste Waffe einzusetzen. Jede britische Regierung hat Hemmungen, sich in Arbeitskonflikte einzumischen, sie vertraut auf die Macht und den Einfluß des von den Gewerkschaften und Unternehmern gebildeten Schlichtungsapparates. Dieser trat allerdings in diesem Fall nicht in Wirksamkeit, eben weil die Führung der mächtigen Transportarbeitergewerkschaft unter Arthur Deakin dem Streik seine offizielle Billigung versagte und die Werftbesitzer auf ihrem Standpunkt starr beharren.

Der Streik, der nun in die dritte Woche geht, blockiert beinahe die Hälfte aller britischen Warenexporte mit Auswirkungen in den entferntesten Gebieten des Commonwealth. Fabriken in Neuseeland und Australien sind genötigt, ihre Tore zu schließen, da die für ihre Maschinen wichtigen Ersatzteile in London festgehalten werden. Dies allein wird die Regierung, sollten ihre beschwörenden Appelle zur Arbeitsaufnahme ohne Resonanz bleiben, zu rascher Handeln zwingen. Sie befindet sich in einer

Lage, die ihr keine andere Wahl als die der Einsetzung von Truppen verbänden für die Löschung der Schiffe läßt. Aber noch ernster und schwerwiegender als die wirtschaftlichen Folgen dieses Arbeitskonflikts sind die heftigen und in aller Öffentlichkeit ausgetragenen Kontroversen zwischen Deakin und dem Feuerkopf aus Wales, Aneurin Bevan, über die Berechtigung oder Nichtberechtigung des Streiks. So gewiß es ist, daß die britischen Kommunisten auch hier ihre Suppe zu kochen versuchen und im Trüben fischen, so sicher ist es, daß die britischen Arbeiter nicht so leicht zum Streik veranlaßt werden können, wenn nicht grobe und aufreizende Mißstände vorliegen. -

Die Mißstimmung unter den 27 CIO Londoner Dockarbeitern über einen für sie nicht mehr tragbaren Mißstand führte zum Streik, dessen Ende, wie immer er auch ausgehen mag, seine Spuren in der britischen Gewerkschaftsbewegung hinterlassen wird.

+ + +

Swinigeleien

F.P. Die schleswig-holsteinische CDU hat soeben einen merkwürdigen Wettlauf verloren. Ihr Versuch, die Wahl des Nachfolgers für den verstorbenen Kieler Oberbürgermeister Andreas Gayk als Grimmsches Märchen vom Hasen und Igel auf der landeshauptstädtischen Parlamentsbühne zu inszenieren, ist, erfreulicherweise, vorbeigelungen. Die einträgliche Rolle des Igels und seiner Frau mit dem "Ich bin schon da" hatte die CDU mit Hilfe einer bösen kommunalpolitischen Gesetzesänderung übernehmen wollen. Kommunale Selbstverwaltung, parlamentarische Demokratie und die Kieler SPD sollten als sich totlaufender Hase mitspielen, auf der Parlamentstrecke bleiben.

Nachdem der um den Wiederaufbau der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt hochverdiente Oberbürgermeister Gayk für immer seine Augen geschlossen hatte, forderte das Leben sein Recht. Kiel stand vor der Frage der Nachfolgerschaft. Die verwaiste Oberbürgermeisterstelle sollte deswegen ausgeschrieben werden. Inzwischen war die schleswig-holsteinische Landesregierung neugebildet worden, die CDU war wieder zur herrschenden Regierungspartei aufgerückt. Zusammen mit BHE und FDP verfügt sie mit 40 Abgeordneten von insgesamt 69 im Landtag über eine kompakte Mehrheit. Wesentlich anders sieht es im Kieler Stadtparlament aus. Hier war die CDU 1951 in einem aus allen Parteien rechts von der SPD gebildeten Block, der "Kieler Gemeinschaft", aufgegangen. Deren 16

Abgeordneten stehen 26 Sozialdemokraten gegenüber, sonstige Parteien sind nicht vertreten. Nichts war natürlicher, als dass die fast über die 2/3 Mehrheit verfügende Partei massgebend an der Neuwahl eines Stadtoberhauptes beteiligt sein wollte!

Aber gerade die Respektierung klarer, durch demokratische Wahlen geschaffener Mehrheitsverhältnisse sollte verhindert werden. Wie, so fragte man sich wohl, wenn die Landtagsmehrheit, während noch die Ausschreibungsfrist läuft, rasch ein neues Kommunalgesetz, das die Neuwahl von Bürgermeistern ein halbes Jahr vor Ablauf der Legislaturperiode den schleswig-holsteinischen Gemeindeparlamenten untersagt, einbringen und im Handgalopp verabschieden würde? Nach Einhaltung einer ausgedehnten Bewerbungsfrist, längerer Sichtung der in Frage kommenden Bewerber hätte dann der Mehrheitshase im Kieler Stadtparlament ruhig zum Wettlauf über die endgültige Entscheidung antreten können. Herr und Frau Igel - CDU und "Kieler Gemeinschaft" - hätten dann das neue Kommunalgesetz hochgehalten: "Wir sind schon da!" Zumindest sechs Monate hindurch wäre die eindeutige sozialdemokratische Mehrheit im Rathaus und damit das Gros der Kieler Bevölkerung an der Durchführung wichtigster personalpolitischer Entscheidungen gehindert gewesen.

Aber der SPD-Hase lief, kaum waren diese Absichten durchgesickert, noch schneller. Zunächst wurde festgestellt, ob die Ausschreibung einer Oberbürgermeisterstelle von Gesetzeswegen vorgeschrieben ist. Als auch der der CDU angehörende Bürgermeister und Stadtkämmerer Dr. Fuchs diese Frage verneinte, präsentierte sofort die SPD-Mehrheit einen ausgezeichneten kommunalpolitischen Fachmann, den Stadtdirektor und Kämmerer der niedersächsischen Landeshauptstadt, Dr. Müthling. Mit einem derartig blitzschnellen Rennen hatten CDU und "KG" nicht gerechnet. Weil es ihr den Atem verschlug, war sie der Sitzung, auf der die Mehrheit ihren Kandidaten bekanntgab, einfach ferngeblieben. Am Freitag, den 22. Oktober, wurde Dr. Müthling, vor seiner Tätigkeit in Hannover jahrzehntelang in der schleswig-holsteinischen Kommunalverwaltung tätig und 1950 von der CDU/BHE-Regierung unter Bartram in den Wartestand versetzt, Kiels neues Stadtoberhaupt. Andreas Gayk hat, was Fleiß, Wissen und Können anbelangt, einen würdigen Nachfolger erhalten. Die von der CDU beabsichtigten Swingeleien gegen die Rechte eines demokratischen Parlaments konnten noch einmal abgewehrt werden.